

Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fescht us, aber das isch under ine eso: en aaschtändig; Frou überchunnt numen einisch e neue Rod — we si hüratet! Und we dä ds Föckels geit, de leit si der nächst afen es Zytli underem alten aa, damit er emel ja nümme neu usgseht, we der alt ändgültig i Hudelsack wanderet, Meinsch nid o, d'Kashmiri Manne heigen iri Froue verwändt guet gwöhnt? Dert gits sicher nie Familienzene wägener Schnydere-Rächnig!

Wi schaad, daß i der feini Helgeli vomene andere Fescht cha schide, das zwar nid eigetlech es Neujahrsfest isch, ihm aber doch i mängem glychet. „Diwali“ heißts, ds Fescht vo de Liechter, und wird im Oktober gfyret. A däm Tag söll Lachmi, d'Göttin vom Rychtum, ufeme Uhu dür d'Wält ryten und überall ychehre, wo's nätt und suber uusgseji. Und unfählbar löji si ne Huuse Goldstüd zrügg. Drum wärden uf Diwali hi alli Hüser abegwäsche, innesfür und usse, d'Muure gwöhget, d'Türe früsch aagstrichen und uf de Fänschterfims, Türschwelle und Decher brönnnt me chlyni Delliechtli i gschürige Chacheli, damit emel d'Göttin der Wäg ja findi. Wäred de drei Diwali Fyrtige darf nach Härzeslust um Gäld gschpielt wärde und we de viellicht die wankelmüetigi Göttin dem einten es Hüüfeli Gold hinderlaht, so chömen anderi dersfür um Hudel und Haab.

Am letschte Tag zelle d'Ladehijter ires Gäld, wäsche's i Milch und löh's im Tämpel vo der Göttin sägne. Uf dä Tag schließe si o alli iri Büecher ab und föh neu i a. D'Confiseur hei groösi Zyte. Diwali Güeki si us purem Zucker gmacht und alli Buße louse mit chlärige Händ und Müüler dasume. Nüt schöners als am Abe düre Basar z'gah. Ueberall sy d'Läde mit Blueme garniert. Ueberall brönne Liechtli. D'Zuckerbed hei iri Boutique z'mitts uf der Straß ufgeschlagen und machen es Bombegschäft. (I mues mi doch erkundige, göbs o hie so räntieri, daß si nach zäh Jahre scho chönnen us de Zinse läbe!) A de Straßenegege hei es paar unternähmungslustigi Zünglinge bi eme Petrollämpeli e Lotterie eröffnet und pryse mit beweglicher Zunge die wunderschöne Sachen a, die me bi ine für 1 Anna (es Zähni) chönni gwinne.

Wi's de am rächten, a üsem Neujahr wird zuegah, das mues i Dir de. nachem erschte Jänner erzelle. Aber es isch sicher nid so schön wi bi üüs z'Wärn, wen alli Glogge läüeten und ufem Münschterplatz d'Lüt andächtig warte, bis obe vom Turm ds neue Jahr verkündet wird.

Es glückhaftigs Neus, liebi Bärner Wuche! Und ds nächste fyren i de o wieder z'Wärn!

Du alti Bärnere.

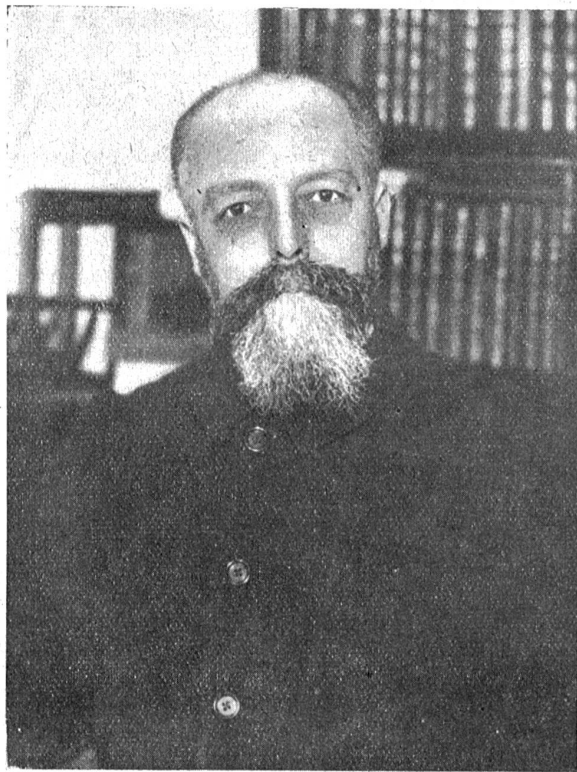
Aus der politischen Woche.

Frankreich.

Vorgängig der Kammereröffnung hielten die französische Sozialisten ihren Kongreß ab, um wieder einmal über die Frage der Regierungsbeteiligung zu diskutieren und Beschluß zu fassen. Diese Frage ist durch die latente Krise, in der die französische Regierung steckt, akut geworden. Briands Kabinett schwebt zwischen Tür und Angel. Die Sozialisten haben in der Hand, es zu stürzen, wenn ihnen das paßt. Aber über das Nachher müssen sie sich vorher entscheiden. Drei Möglichkeiten bestehen nach dem Sturze des Kabinetts: Beteiligung an einer Regierung des Kartells neben den Radikalen oder Unterstützung einer bürgerlichen Regierung von Fall zu Fall oder Auflösung der Kammer und Neuwahlen mit alleiniger Uebernahme der Regierung je nach Ausfall der Wahlen. Die Mehrheit, unter Führung von Léon Blum, Compère-Morell und Paul Faure, die eben die Beteiligung in einem bürgerlichen Kabinett abgelehnt hat, hat sich für die letzte Lösung entschlossen.

Briands Regierung geht bewegten Tagen entgegen. Doumer, der gegenwärtige Finanzminister, findet mit sei-

nem Sanierungsprojekt wenig Gegenliebe. Schon in der Finanzkommission holte er sich eine schwere Niederlage. Sein Projekt wurde in einigen wesentlichen Punkten bemängelt,



Doumer, der neue französische Finanzminister.

und zuletzt wurde ihm das Gegenprojekt des Linkskartells vorgezogen. Während Doumer glaubt, auf die Abneigung der Franzosen gegen direkte Steuern Rücksicht nehmen zu müssen und das Hauptgewicht auf indirekte Abgaben verlegt, verlangen die Sozialisten in ihrem Projekt, daß der Budgetausfall durch Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werde. Die Entscheidung darüber wird in den nächsten Tagen in der Kammer fallen.

Am 12. Januar wurde die Kammer durch eine bemerkenswerte Ansprache des Alterspräsidenten Binard eröffnet. Diese wandte sich gegen jeden Krieg mit Ausnahme des Verteidigungskrieges und forderte eine planvolle Politik zur Vermehrung der französischen Bevölkerung durch Mutter- und Kinderzuschuß. Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß die von den Freiwirtschaftlern propagierte Idee der Mütterrente in der Diskussion über das Geburtenproblem auftaucht. Dem Begriff Mütterrente liegt bekanntlich die Ueberlegung zugrunde, daß die Mütter es sind, die die Werte, insbesondere die Bodenwerte, schaffen; denn mit jedem neuen Menschenkind steigt die Nachfrage, steigt somit der Preis des Bodens, und der Nutzen daraus sollte eben in Form einer Rente für jedes neugeborene Kind den Müttern zugute kommen. Viele wollen in der Mütterrente die Lösung der sozialen Frage schlechtweg erblicken, zum mindesten die der Frauenfrage. So weit ist die öffentliche Diskussion indes noch in keinem Lande gediehen, auch in Frankreich nicht.

Herriot wurde neuerdings mit glänzendem Mehr zum Kammerpräsidenten gewählt. In der Donnerstagssitzung hielt er die Eröffnungsrede, in der er an die 50 Jahre des Parlamentes in der dritten Republik erinnerte, in welcher Zeit Frankreich dem republikanischen Geiste treu geblieben sei. Mit Genugtuung konstatierte Herriot, daß es die Ehre der diesjährigen Legislaturperiode sein werde, die Locarno-Abkommen feierlich zu registrieren. Frankreich

habe seit 1876 auf die neue in ihrem Anfang erreichte zwischenstaatliche Schiedsgerichtsbarkeit hingearbeitet und lade nun alle Nationen, klein und groß, zum Frieden ein.



† Königin Mutter Margherita von Italien.

Ein für Frankreich erfreulicher Umschwung der Gesinnung scheint sich in Amerika vorzubereiten. Der amerikanische Handelsattaché in Paris hat einen Bericht nach Washington gefabelt, in dem die Prosperität der französischen Industrie und Landwirtschaft im Jahre 1925 hervorgehoben wird. Man knüpft an diesen Bericht in Paris die Hoffnung, daß Frankreich in den nun kommenden neuen Verhandlungen über die Schulden an Amerika günstigere Bedingungen erhalten werde, als sie seinerzeit Caillaux zugestanden wurden.

Deutschland.

Auch Deutschland hat seine Krisen, die politische und die wirtschaftliche, noch nicht überwunden. Die deutschen Sozialdemokraten nehmen diesen Problemen gegenüber eine ähnliche Stellung ein wie die französischen Gesinnungsgenossen. Sie lehnen ihr Mitwirken an der Bildung einer Koalitionsregierung ab mit der Begründung, daß sie die Verantwortung für die schwierige Lage nicht übernehmen wollen an Stelle derjenigen, die sie geschaffen hätten. Gemeint sind damit die Rechtsparteien, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die heute sich dieser Verantwortung entschlagen (Deutschnationalen) oder dann das große Wort führen wollen (Deutsche Volkspartei). Wie sie sich die Folgen ihrer Haltung denken, ist nicht recht klar. Glauben sie wirklich, mit ihrer Passivität dem Volk zu nützen? Sie rechnen wohl auf die notwendig werdenden Neuwahlen. Inzwischen werden die Rechtsparteien die Regierungsmacht an sich reißen und die Neuwahlen auf jede Weise, auch auf illegale, zu verwirklichen suchen. Es ist nämlich nicht wahrscheinlich, daß Dr. Luther, der vom Reichspräsidenten mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden ist, eine tragfähige Regierungsmehrheit zustande bringen wird. Schon bei den Unterhandlungen zur

Bildung eines Regierungskollegiums zeigen sich die Schwierigkeiten. Die Mittelparteien, die in Betracht kommen, sind unter sich uneinig in der Frage, wer die Innenpolitik zu bestimmen habe. Die Deutsche Volkspartei fordert nicht nur das Außenministerium für ihren Führer Dr. Stresemann, sondern auch das Ministerium des Innern. Die Demokraten möchten auf diesem Sitz einen der Ihrigen sehen, damit endlich die innere Politik, Verwaltung, Schule und Kirche, von den monarchistischen Wühlereien und Einflüssen befreit und entsprechend der Verfassung mit republikanischem und demokratischem Geiste gefüllt werden könnte. Es scheint, daß Luther an dieser Klippe scheitern muß. Auch wenn die Einigung doch noch zustande kommen sollte, und ein Kabinett entsteht, das im Reichstag von Fall zu Fall eine Mehrheit suchen muß, so kann eine solche Lösung nur von kurzer Dauer sein. Dann dürfte die Frage: Diktatur nach dem Willen der Nationalisten oder Auflösung des Reichstages nach dem Wunsche der Sozialisten akut werden. Auf beiden Seiten setzt man sich mit diesen Möglichkeiten praktisch auseinander. Die Nationalisten haben durch einen Aufruf zugunsten der Diktatur bereits ihre Führer ausgestreckt. Er soll nicht starke Resonanz gefunden haben. Die Berliner Reichsbannerleute ihrerseits haben eine Probemobilisierung inszeniert mit dem Erfolg, daß immerhin 60 Prozent dem Aufruf Folge leisteten.

Italien.

In Bordighera an der Riviera ist vor zirka 14 Tagen die italienische Königin Mutter Margherita von Savoyen vierundsiebzigjährig gestorben. Sie ließ sich im hohen Alter erkennen, daß sie als jung eine Schönheit war, und ihre Begabung für Musik, ihr bis zuletzt lebendiges Interesse an Wissenschaft und Kunst, ihre demokratische Art, mit dem Volke zu verkehren, machten sie zu der geliebten Regina dell' Italia. Seit dem Tode ihres Gatten, des Königs Umberto, der 1900 in Monza an ihrer Seite durch einen Anarchisten getötet worden war, lebte sie zumeist in stiller Weltzurückgezogenheit. Am liebsten war ihr der Sommeraufenthalt auf ihrem Castello Savoia in Gressoney, jenem von deutschsprechenden, aber italienisch empfindenden Wallisern bewohnten Tälchen am Südschloß des Monte Rosa. Sie trug mit ihrem Hofe die Tracht der Talleute und bestieg als gewandte Bergsteigerin die Gipfel der Umgebung. Daneben konnte sie sich gebildet und formgewandt mit Gelehrten und Künstlern über Literatur und Kunst nicht nur Italiens, sondern auch anderer Länder unterhalten.

Mussolini setzte es gegen den Willen des Familienrates und ihren eigenen Wunsch durch, daß ihre Leiche im Pantheon in Rom an der Seite ihres Gatten, statt in der Familiengruft in Turin bestattet wurde. Mussolini markierte auch hier den Verfechter des nationalen Willens, wo es sich ganz offenbar um eine familiäre Angelegenheit und eine Herzenssache handelte.

Am letzten Samstag kam es in der Kammer zu einer Auseinandersetzung mit der Aventin-Opposition. Als einige Popolari gemäß ihrem Beschlusse in die Kammer zurückkehren wollten, wurden sie von Mussolini angefahren. Er erklärte ihnen, wie der gesamten Opposition, die noch auf dem Aventin verharret, daß sie erst dann wieder in der Kammer geduldet würden, wenn sie sich in aller Form unter das fascistische Regime unterworfen hätten. Einige Abgeordnete der katholischen Volkspartei sind der Anweisung bereits gefolgt und haben ihre Entschuldigung vorgebracht; den andern wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als ihr Beispiel zu befolgen oder ihr Mandat niederzulegen.

Dann wird Mussolinis Absicht mitgeteilt, das diplomatische Korps zu erneuern, soweit dies nötig sei, um in allen Ländern, wo Italien zu vertreten ist, gesinnungstreue Anhänger des Fascismus zu haben, die für das neue Regime Propaganda zu machen gewillt seien. Der Fall Tamburini, des heimgeschickten Generalkonsuls in Basel, ist noch nicht erledigt.